Kopenhagen, Merkel, Putin und Obama

Heißkalter Globalkrieg expandiert in seinen Anfangsstadien

In Kopenhagens City tötete am Samstag der Einheimische Umar Abd al-Hamid al-Husain im Doppelanschlag den dänischen Dokumentarfilmer Finn Nørgaard und in der Nacht den jüdischen Wächter Dan Uzan vor der Synagoge. Der Angriff, bei dem der Mann mit palästinensischem Hintergrund fünf Polizeibeamte verletzte, galt dem schwedischen Zeichner Lars Vilks im „Karikaturenstreit“. Im Kulturcafé ging es um „Kunst, Gotteslästerung und Meinungsfreiheit“. Der Täter floh und mordete vor der Synagoge, in der eine Bat Mitzwa-Feier ablief, wurde aber am frühen Sonntagmorgen durch die Polizei erschossen, die noch zwei seiner Helfer verhaftete. Am Sonntag legten Bürger Blumen vor der Synagoge nieder.

Foto: Kim Bach Wiki

Über den Gewaltanschlag sagte Premier Helle Thorning-Schmidt, dieser sei Terror, jedoch nicht der Start „des Kriegs zwischen dem Islam und dem Westen“ gewesen. Wer Unschuldige und Juden erschieße, „greift unsere Demokratie an.“ Laut Spionagechef Jens Madsen inspirierte diesen Täter vermutlich die Pariser „Charlie Hebdo“-Attacke. Kanzlerin Merkel kondolierte den Dänen und sicherte auch einen engen Kontakt im Kampf gegen Terror zu.

Papiertiger?

Zuvor trat in Minsk ein zufriedener Präsident Putin auf. Das Abkommen zur Waffenruhe aus den Morgenstunden des Donnerstags vermied ein neues Embargo und erlaubt den mit ihm liierten Separatisten, ihre Stellung auszubauen. Samstag zeigten Satellitenfotos das russische Militär im ukrainischen Debaltzewe und Shachtar. Putin brach sein Wort vom 5. September 2014, Kämpfer, Gerät und Rebellen abzuziehen. In der Ostukraine sollte dafür eine Art Autonomie folgen. Nicht minder fraglich ist die jüngste Minsker Vereinbarung vom 12. Februar. Zwar sollte Sonntag die Waffenruhe eintreten, mit der Putin Zugewinne erlangte, und dann schwere Waffen zurückgeholt und Wahlen in der Ostukraine realisiert werden. Doch ist es offen: Rebellen der „Volksrepublik Donetzk“ wollen weiterkämpfen.

Eigen wirkte, dass die Unterzeichner Angela Merkel, François Hollande, Wladimir W. Putin und Alexander O. Poroschenko die „Achtung der Souveränität und der territorialen Unversehrtheit der Ukraine bekräftigen“, aber nicht die Krim erwähnten. Auch Kanzlerin Merkel war skeptisch, es wäre nicht mehr und nicht weniger als ein Hoffnungsschimmer.

Doch versprachen Staats- und Regierungschefs der G7-Gruppe mit Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Großbritannien, Amerika und Präsidenten des Europäischen Rates wie der Europäischen Kommission in Brüssel am Donnerstag, den 12. Februar, zu jener Minsker Vereinbarung, geeignete Maßnahmen gegen diejenigen zu ergreifen, die gegen das Minsker Paket verstoßen, und somit die Kosten für diese zu erhöhen, vor allem für alle, die die vereinbarte umfassende Waffenruhe und den Waffenabzug verletzen. Die Europäer verurteilten erneut die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland. Viele Zähne hat der Papiertiger nicht. Putin mag weiter an den Fäden seiner Leute ziehen.

Eurasien

Für die Ukrainer geht eine harte Zeit weiter, gleichwohl in wirtschaftlicher Hinsicht. Sie bedürfen einer Verschnaufpause, in der die Finanzspritze des Weltwährungsfonds über 17,5 Milliarden Dollar nur einen Teil ihrer Geldlücke von 40 Milliarden Dollar deckt. Die Zentralbank in Kiew verfügt nur noch über eine Devisenreserve von 6,4 Milliarden Dollar, wobei ihr der jüngste Krieg bis zu zehn Millionen Dollar täglich kosten soll. Putin hatte am 26. Dezember die vierte Militärdoktrin seit 1991 abgesegnet. Darin werden die „neuen Bedrohungen“ durch die NATO und Amerika benannt: westliche Kräfte in seinen Nachbarstaaten, ein ABM-Raketenabwehrsystem und Schnelle Eingreiftruppen. Dabei weist die Formulierung einer „aktuellen Weltkonkurrenz zwischen Völkern verschiedener Zivilisationen und Werte“ offenbar auf eine neue Eskalationsstufe im laufenden Globalkrieg hin.

Der Kreml alliiert sich mit den Staaten seiner „Kollektiven Sicherheitspakt-Organisation“ Abchasien, Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Südossetin, Tadschikistan und Belarus (Beobachter darin sind Afghanistan und Serbien). Ebenso konzentriert sich Moskau auf die BRICS-Länder (Brasilien, Indien, China, Südafrika). Der Pazifik liegt auch im Fokus Putins. Als Partner zählen China, Belarus und Kasachstan. Sein Augenmerk gilt dem „Kampf gegen den Terrorismus“, darunter der einheimische und der in Mittelost. Doch bewegt sich Putin selbst auf dünnem Eis. Fast drei Viertel seiner Einnahmen kommen aus dem Erdöl und Erdgas. Deren Preise sind halbiert und halten sich wohl länger. Putin kann sich weder Embargos noch ein weiteres Wettrüsten leisten. Wie lange mag er abenteuerlich handeln?

Halbe Kampfansage

Zwar erklärte Obamas Sicherheitsberaterin Susan E. Rice am 6. Februar, Amerika sehe keine Existenzbedrohung wie im Zweiten Weltkrieg. Doch die Realität ist anders. Diesmal ist es die russische und islamistische Expansion. Wäre Putin verlässlich, könnte er Brücken zur Europäischen Union bauen, denn ihn plagt ebenso der Islamismus. Wegen der Angriffe gegen „Charlie Hebdo“ meinten deren Staats- und Regierungschefs samt Europäischer Rat in Brüssel am 12. Februar, Ziel der Anschläge waren die Grundwerte und Menschenrechte. Alle hätten das Recht auf ein Leben ohne Angst. Man werde gemeinsamen Werte wahren und alle Bürger vor ethnisch oder religiös motivierter und rassistischer Gewalt beschützen.

Dies bedeute auch, „dass wir die Feinde unserer Werte bekämpfen.“ Gegen den Terror, den Brüssel freilich nicht benannte, wurden einige Punkte als Richtschnur für die Arbeit in den nächsten Monaten dienen. Darunter sind eine Richtlinie für Fluggastdatensätze, Kontrollen an den Außengrenzen, Abgleich der Terrordatenbanken, Kooperation von Europol und Eurojust, Bekämpfung des Handels mit Feuerwaffen, der Geldwäsche der Finanzierung des Terrors. Gut, dass diese Euromedaille eine sehr wichtige Kehrseite hat. Sie besteht in Schritten gegen die Radikalisierung und in der Wahrung der Werte. Das soll Internetsei-

ten betreffen, die Terror propagieren. Zudem geht es um Strategien der Kommunikation von Toleranz, Nichtdiskriminierung und Freiheit. Terrorideologien mögen widerlegt – ungenannt –, der Dialog zwischen Religionen und Gemeinschaften intensiviert werden. Gefragt sind Aktionen der allgemeinen und beruflichen Bildung, Beschäftigungsmöglichkeiten, Integration und Resozialisierung, um den Faktoren der Radikalisierung auch in Haftanstalten entgegenzuwirken. Europas Außenbeziehungen sollen dem dienen, auch in Syrien, Libyen, Mittelost und Mittelafrika. Im April gehe es um die Sicherheitsagenda. Der Rat bilanziert alles im Juni. Aber wie steht es in Europa um Säkularisierung, Islamisierung und Antiislamismus? Wie werden Mehrheiten zu Minoritäten, wirkt das judäo-christliche Kulturerbe fort? Allen ist das Grundgesetz die Messlatte. Solche Punkte mag die evangelische Christin Merkel in ihrer zweiten Audienz bei Papst Franziskus am 21. Februar ansprechen.

Halbe Kampfabsage

Präsident Obama ersuchte am 12. Februar den Kongress, ihm Kriegsvollmachten gegen den „Islamstaat", dessen Zweige und Partner zu erteilen. Aber allein für drei Jahre, ohne längeren Einsatz von Bodentruppen. Dies fand viele Kritiker unter Abgeordneten. Einige sagten, man möge den „Islamstaat" nicht halbherzig, sondern nur mit aller Kraft angehen. Inzwischen sind 30.000 Jihadis auf dem Vormarsch. Immerhin griffen 25 den al-Asad-Luftstützpunkt im Westirak bei al-Baghdadi an, wo 300 Amerikaner als Trainer wirken. Sicher fehlt in Washington die klare Strategie und Taktik und es verschenkte zu viel Boden. Da diese globale Führerschaft fehlt, kommen in Regionen mehr Kriege und Konflikte auf.

Jihadis beglichen Verluste durch Rekrutierung. Hunderte sind in Afghanistan – wie ex-Taliban Abd ar-Rauf Khadim, den vorige Woche eine Drohne traf –, Algerien, auf Sinai – 38 Tote durch die Ansar Bait al-Maqdis am 29. Januar – und in Libyen, wo 21 Christen am 14. Februar enthauptet wurden. Ägyptens Präsident Abd al-Fattah as-Sisi hat für den blutigen Akt am Strand von Tripolis Rache angekündigt. Im Webvideo droht ein Jihadi, von Sicherheit könnten „Kreuzfahrer" nur noch träumen. Wie falsch es von Obama war, in dieses Klima noch die verfehlte Rede auf die Kreuzzüge zu bringen, ist offenkundig. As-Sisi sieht sich durch den „Islamstaat" in die Klemme genommen: auf Sinai wüten im Osten die Ansar al-Bait al-Maqdis und im libyschen Westen Ihresgleichen. Am 16. Februar griff dort Ägyptens Luftwaffe an. „Kalifatsjihadis" kamen zudem in Pakistan auf. Jemen fiel dem „Islamstaat", den al-Huthi, hinter denen Iran wirkt, und al-Qaida zu. Der Staat geht unter.

Vergleicht man Europas Ansätze mit denen Amerikas, so fällt auf, dass die Definition der Gegner unscharf ist. Zweitens fokussiert sich Amerika auf das Militär, indes Europa Softpower favorisiert, aber wenig akademische Potenziale erschließt. Zudem sollten Militär und Antiislamismus transatlantisch ineinander greifen. „Die Feinde unserer Werte", so die Europäer, agieren transregional. Adäquat muss also deren Abwehr ausfallen, soll sie denn wirksam sein. Indes es fehlen kurz-, mittel- und langfristige Analysen, die erhellen, wie die Welt in den Globalkrieg glitt, wodurch, wann und in welcher Zeit dieser überwunden werden soll. Dies befasst sicher mehrere Generationen. Die Welt dreht sich erst noch in Anfangsstadien in den heißkalten Globalkrieg hinein. Eigentlich hat sie sehr viele andere Sorgen. Doch mangelt es an Weisheit, Wissen und Konsequenz.

Wolfgang G. Schwanitz

Dazu Bücher *Nazis, Islamists and the Making of the Modern Middle East*: Yale, February 25, 2014, 360 pp. sowie *Islam in Europa, Revolten in Mittelost:* Weist, 2013; 15. September 2014, 2. Aufl., Berlin, bestellbar.